

Die Reformen nicht „kritisch begleiten“, sondern verhindern! Dazu braucht es mehr als einen folgenlosen Aktionstag

Offensichtlich wird der von den Arbeitgeberverbänden verlangte Sozial- und Lohnabbau von der Bundesregierung weiter vorangetrieben. Kaum hat sie aber verlauten lassen, dass die Gesundheitsreform um 3 Monate verschoben wird, haben schon einige Gewerkschaftsverantwortliche vernehmbar aufgetatmet. Der DGB-Vorsitzende Sommer hofft, dass in der so gewonnenen Zeit „Nachbesserungen“ durchgesetzt werden können. Wir sehen aber überhaupt keinen Grund zur Entwarnung, denn:

➤ die große Koalition ist sich ausnahmslos darin einig, dass die Reform auf Kosten der Lohnabhängigen und Bedürftigen durchgesetzt werden soll. Die Verschiebung des Starttermins ergab sich nicht aus dem bisher entwickelten Widerstand der Betroffenen, sondern aus den inneren Ungereimtheiten der Reform und aus den Bedenken, die Fachkreise für die technische Umsetzung sehen. Die Verursacher der Misere werden weiterhin geschont: der gesamte medizinisch-industrielle Komplex, vor allem die Pharmaindustrie mit ihren ungeheuren Gewinnen; die Unternehmen, die ungebremst Massenentlassungen vornehmen und so für die hohe Erwerbslosigkeit und die daraus resultierenden geringeren Beitragszahlungen verantwortlich sind; die faktisch heute schon durchgesetzte weitgehende

Deckelung des so genannten Arbeitgeberbeitrags; die Aufrechterhaltung der Beitragsbemessungsgrenze; die Fortexistenz der privaten Krankenversicherungen usw.

**Landesweite Demonstration
in Stuttgart, Samstag, 21. Oktober**
**11.15 Uhr Auftaktkundgebungen
am Marienplatz und
Nordbahnhofstraße**
11.45 Uhr Demonstrationsbeginn
**12.30 Uhr Kulturprogramm auf
dem Schlossplatz**
13.00 Uhr Kundgebung



Kundgebung am 3. April 2004 in Berlin

➤ die Rente mit 67 ist in der großen Koalition alles andere als strittig; sie wird nicht mit Argumenten zu verhindern sein.
 ➤ Genauso ist es mit den verschärften Maßnahmen gegen Erwerbslose, vor allem gegen Langzeitarbeitslose, denen mit den unterschiedlichsten Mitteln die Hölle heiß gemacht werden soll. Auch die SPD unter Beck will den „Missbrauch“ von Hartz IV bekämpfen, nur über das Tempo der weiteren Vorstöße gibt es Differenzen. Dabei ist die Forderung der „Fünf Weisen“ nach Senkung des Arbeitslosengeldes II um 30% nur die Speerspitze der weiteren Offensive zur Einführung von Kombilöhnen und anderer Mittel zur Durchsetzung von Zwangsarbeit zu Hungerlöhnen und zur generellen Absenkung des Lohnniveaus.

Ein paar Kundgebungen am 21. Oktober und das war`s?

Die Vorbereitungen für den Protesttag am 21. Oktober erwecken bei den KollegInnen nicht den Eindruck, dass der DGB und die Einzelgewerkschaften wirklich Widerstand entwickeln wollen: Es sind keine weiteren Aktionen geplant. Ein paar Kundgebungen an einem arbeitsfreien Tag werden – wenn es dabei bleibt – nicht mehr als eine Zeitungsmeldung bewirken. Das spüren die KollegInnen und fühlen sich nicht groß motiviert.

Es fehlt vor allem das in sich schlüssige Gegenmodell zu den „Reformen“ der Bundesregierung. Die vom DGB vorgebrachten Vorschläge sind größtenteils so schwammig, dass sich die meisten KollegInnen nichts (beziehungsweise sehr unterschiedliche Dinge) darunter vorstellen können. So wird als Antwort auf das Bestreben nach Kombilöhnen ein Mindestlohn von sage und schreibe 7,50 Euro gefordert! Wer soll davon wirklich leben können! Kein Wunder, dass diese Losung keine Begeisterung unter den Betroffenen, den Millionen von Billiglöhnern, hervorgerufen hat.

Nein! Am Widerstand der französischen KollegInnen ein Beispiel nehmen!

Der Sinn des 21. Oktober darf nicht darin liegen, dass der DGB nur mal der Regierung zeigen kann, dass noch ein paar hunderttausend Menschen hinter ihm stehen, und dass man doch bitte den DGB wieder ernst nehmen und mit ihm sprechen soll! Wenn wir überhaupt was erreichen wollen, müssen wir uns an den KollegInnen in Frankreich ein Beispiel nehmen, die im letzten Frühjahr auch nicht von einer Woche auf die nächste geschlossen auf der Straße waren. Aber sie haben sich in einer entschlossenen Kampagne des Widerstands wochenlang zur Wehr gesetzt und sind dabei immer zahlreicher geworden, bis am Schluss 3 Millionen gleichzeitig auf der Straße waren, viele davon in der Arbeitszeit, also streikend! Das Gesetz zur Aufhebung des Kündigungsschutzes für unter 26-jährige wurde daraufhin wieder abgeschafft.

Die große Koalition setzt die Agenda 2010 fort. Wir gehen davon aus, dass hartnäckiger Widerstand erforderlich ist. Machen wir

deutlich, dass für uns der 21. Oktober nur ein Auftakt ist. So wie die Regierung es ernst meint, meinen wir es auch ernst und nur wenn wir „Butter bei die Fische“ tun und unseren Widerstandswillen in einer anhaltenden Kampagne entwickeln, können wir die bisher noch Unentschlossenen zum Mitmachen bewegen. Und nur wenn wir uns mit einem schlüssigen Konzept an die breite Öffentlichkeit wenden, können wir so große Kreise ziehen, dass auch die Bundesregierung zum Rückzug gezwungen wird.

Wir fordern:

- Gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 10 € in der Stunde für alle Branchen und Tätigkeiten
- Ein Mindesteinkommen für Erwerbslose, wenigstens 500 € Eckregelsatz sowie Unterkunftskosten und Heizung
- Absenkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre ohne Abschläge
- Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich. Sofortige flächendeckende Umsetzung der 35-h-Woche und Kurs auf die 30-h-Woche
- Verbot von Massenentlassungen
- Weg mit der Gesundheitsreform. Statt dessen: Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Festpreise für alle Medikamente. Weg mit der Praxisgebühr und den Zuzahlungen. Keine Deckelung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungen. Paritätische Finanzierung. Einheitl. bedarfsdeckende Krankenversicherung
- Die sofortige Rücknahme der Senkung der Körperschafts- und Einkommenssteuer für Konzerne und Spitzenverdiener – Wiedereinführung der Vermögenssteuer – keine Mehrwertsteuererhöhung

Weitere Infos unter:

www.labournet.de/GewLinke

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt / Tel: 06182/782306

HKroha@t-online.de /

Redaktionsschluss: 22. September 2006